

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeuilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Verlagsleiter: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Etrene Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 42 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 16. Oktober in Händen der Redaktion sein.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Wahl des Verbandsrats.

Entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages in Halle schreibt der Vorstand die Wahl der Mitglieder zum Verbandsrat aus. Die Grundlage für die Bildung der Wahlabteilungen und Zahl der Beiratsmitglieder ist der Markenumsatz einschließlich der Erwerblosenmarken im 2. Quartal. Nach den Sitzungen ist auf je 3000 Mitglieder ein Vertreter zu wählen. Da infolge des Zusammenschlusses das 2. Quartal für den Verband nur die Monate Mai und Juni, also 8 Beitragswochen, umschloß, hat der Vorstand auf je 7 Marken und Erwerblosenmarken 1 Mitglied gerechnet. Es waren daher Wahlabteilungen mit einem Umsatz von rund 21 000 Marken zu bilden. Zu wählen sind insgesamt 13 Beiratsmitglieder. Davon entfallen auf die Wahlabteilungen Berlin und Offenbach je zwei Mitglieder. In neu zusammengesetzten Wahlabteilungen ist je ein Mitglied zu wählen. Bei der verschiedenen starken Mitgliederzahl in unseren Gauen konnten bei der Abgrenzung der Wahlabteilungen die Gaaugrenzungen nicht beachtet werden. Das besetzte rheinische Gebiet bildet eine Wahlabteilung für sich. In dieser ist der vorgegebene Markenumsatz nicht erreicht. Trotzdem hat der Vorstand, um den besonderen Bedingungen des abgetretenen Gebiets gerecht zu werden, hier eine besondere Wahlabteilung geschaffen.

Die Wahlabteilungen sind folgende:

1. Berlin, Markenumsatz 44 549 Stück;
2. Offenbach, Markenumsatz 33 350 Stück;
3. Altenburg, Naun, Dresden, Freiberg, Geringswalde, Görlitz, Haynau, Liegnitz, Niederlehlema, Niesky, Oberneufirch, Orlitz, Penig, Rabenau, Rochlitz, Striegau, Waldheim und Zittau, Markenumsatz 20 551 Stück;

4. Borna, Chemnitz, Crimmitschau, Gera, (Neuß), Glauchau, Halle a. S., Leipzig, Lengefeld, Meerane, Pegau, Plauen, Reichenbach, Werdau, Wurzen, Zeitz und Zwickau. Markenumsatz 20 656 Stück;

5. Allendorf, Apolda, Arnstadt, Aischersleben, Bernburg, Bielefeld, Bitterfeld, Braunschweig, Celle, Cöthen, Dessau, Detmold, Dortmund, Eisenach, Eisleben, Erfurt, Friedrichsroda, Gera (Gotha), Gotha, Göttingen, Hagen, Halberstadt, Helmstedt, Hildesheim, Hof, Jena, Kassel, Koburg, Langensalza, Sippstadt, Minden, Mühlhausen, Münster, Naumburg, Nordhausen, Ohrdruf, Quedlinburg, Salzweil, Paderborn, Pößneck, Wiedlinburg, Salzwedel, Weimar, Weiskensfeld, Wernigerode und Zerbst. Markenumsatz 20 175 Stück;

6. Ansbach, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Rotherburg und Straubing. Markenumsatz 20 590 Stück;

7. Baden-Baden, Darmstadt, Freiburg im Breisgau, Gaggenau, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Kuppenheim, Lahr, Lörrach, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen, Rüsselheim, Stuttgart und Ulm. Markenumsatz 20 629 Stück;

8. Aischaffenburg, Bocholt, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Gießen, Gummersbach, Hanau, Hünfing, Köppern, Limburg, Lützen, Marburg, Mühlheim, Oberhausen, Remscheid, Schweinfurt, Siegen, Waldbröl, Wesel, Wetzlar, Witten und Würzburg. Markenumsatz 20 863 Stück;

9. Bremen, Elmshorn, Flensburg, Güstrow, Hamburg, Hameln, Hannover, Harburg, Isehoe, Kiel, Krakow, Lübeck, Lüneburg, Neumünster, Oldenburg, Parchim, Rendsburg, Rostock, Schwerin, Uetersen, Varel, Wilhelmshaven und Wismar. Markenumsatz 20 461 Stück;

10. Allenstein, Anklam, Beelitz, Beuthen, Brandenburg, Breslau, Brieg, Bunzlau, Cottbus, Danzig, Elbing, Finsterwalde, Frankfurt a. d. Oder, Friedland, Fürstentum, Gleditz, Glogau, Greifswald, Grünberg, Guben, Insterburg, Kolberg, Königsberg (N.-M.), Königsberg i. Pr., Köslin, Küstrin, Landsberg a. W., Ludenwalde, Magdeburg, Müllrose, Neubrandenburg, Neuruppin, Oels, Potsdam, Prenzlau, Ratzeburg, Ratibor, Schneidemühl, Spandau, Starogard, Stendal, Stettin, Stolp, Stralsund, Tilsit, Zehdenick und Zossen. Markenumsatz 20 492 Stück;

11. Aachen, Bonn, Coblenz, Crefeld, Dülken-Viersen, Düren, Eidenkoben, Frankenthal, Kaiserslautern, Köln, Mainz, München-Gladbach, Saarbrücken, Solingen, Trier, Wiesbaden und Worms. Markenumsatz 12 626 Stück.

Die Wahl erfolgt nach den für die Wahl zu den Verbandstagen geltenden statutarischen Bestimmungen. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der ordentlichen Beitragsklassen (1-6). Mitglieder der Lehrlings-

abteilungen haben kein Wahlrecht. Mitglieder, die mit mehr als acht Wochenbeiträgen restieren, können nicht wählen oder gewählt werden. Ordnungsgemäß geklebte Erwerblosenmarken gelten hierbei als Beitragsmarken.

Die Wahl ist streng persönlich. Es muß daher jeder Wähler seinen Stimmzettel selbst abgeben, wobei er sich durch sein Mitgliedsbuch oder eine vom Kassierer ausgestellte Bescheinigung legitimieren muß. Die Wahl erfolgt in Mitgliederversammlungen, die mit dem Hinweis auf die Wahl rechtzeitig den Mitgliedern bekanntgegeben sein müssen. Durch Versammlungsbeschluß kann aber auch bestimmt werden, daß die Wahl statt in der Versammlung in einem besonderen Wahlakt in von der Ortsverwaltung zu bestimmenden Wahllokalen innerhalb bestimmter Stunden vorgenommen wird.

Mitglieder an solchen Orten, für die keine besondere Ortsverwaltung besteht (Einzelwähler, Einzelmitgliedschaften) zählen zu der Verwaltungsstelle, der sie angeschlossen sind. Sie wählen in eigenen Wahlversammlungen. Sind an einem Orte aber nur ein oder zwei Mitglieder, so haben diese das Recht, den Stimmzettel bei der betreffenden Ortsverwaltung brieflich einzusenden.

Die Wahl erfolgt geheim mittels Stimmzetteln, wobei sämtliche im Wahlbezirk aufgestellten Kandidaten bekanntzugeben sind. Sofort nach erfolgter Wahl ist das Wahlergebnis festzustellen und in das Wahlprotokoll einzutragen. Dieses Protokoll ist zusammen mit den abgegebenen Stimmzetteln in einem geschlossenen Kuvert sofort der Hauptverwaltung zuzufenden. Wahlen, für die keine Stimmzettel und kein von der Ortsverwaltung unterzeichnetes Wahlprotokoll vorliegt, können bei der Stimmzählung nicht berücksichtigt werden.

Gewählt als Delegierter gilt derjenige Kandidat, der die absolute Stimmenmehrheit aller in der Wahlabteilung abgegebenen Stimmen erhält. Ergibt sich für keinen Kandidaten eine absolute Mehrheit, so findet eine Stichwahl statt, zu der doppelt so viele Kandidaten zugelassen sind, als Delegierte zu wählen sind.

Bei der Stichwahl entscheidet die einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Aufstellung der Kandidaten muß sofort erfolgen, wobei jede Verwaltungsstelle das Recht hat, Kandidaten aufzustellen. Um die Namen der Kandidaten rechtzeitig veröffentlicht zu können, müssen diese spätestens bis zum 5. November der Hauptverwaltung gemeldet sein.

Die Wahl erfolgt in der Zeit vom 25. November bis 11. Dezember. Die Wahlergebnisse (Protokoll und Stimmzettel) müssen bis spätestens 14. Dezember an die Hauptverwaltung eingekandt sein.

Der Termin für etwaige Stichwahlen wird nach bekanntgegeben. Der Vorstand.

Der Bericht vom Betriebsrätekongress.

Der Betriebsrätekongress hat drei Tage lang im großen Saale der „Neuen Welt“ getagt. Es war unmöglich, daß die zirka 950 Delegierten in nennenswerter Zahl zu Wort gelangen konnten. Das wäre auch noch nicht möglich gewesen, wenn der Kongress doppelt solange getagt hätte. Es kommt auch nicht so sehr darauf an, daß möglichst viele oder gar alle Delegierte reden, sondern darauf, daß der Zweck erreicht wird, zu welchem der Kongress einberufen wurde. Es darf gesagt werden, dieser Zweck ist erreicht, und zwar mit einer sehr großen Mehrheit, was das Erfreuliche dabei ist.

Der Kongress stand unter der geschickten Leitung von Graßmann und Aufhäuser, die ihre Aufgabe mit denkbar größter Klarheit und Objektivität gelöst haben. Die Referate von Bissell und Dr. Hilferding über die wirtschaftliche Lage, die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung waren geeignet, auch den größten Optimisten klarzumachen, daß wir nicht nur in geradezu trostlosen Verhältnissen stecken, sondern ernstlich darauf gefaßt sein müssen, daß diese Verhältnisse sich noch viel mehr verschlechtern. Das ist ja auch für jeden klar, der sich rechtlich bemüht, unsere Lage ohne Voreingenommenheit zu erkennen, so wie sie nun einmal ist. Beide Referenten haben betont, daß uns schon in aller nächster Zeit der Kampf um Existenz und Leben bevorsteht und daß wir für diesen Kampf die Einheit des Proletariats brauchen. Und daß wir die Arbeiter nur um Kampfpaktoren sammeln können, die wirklich seinem Bewußtsein und seiner Klasseninteressen entsprechen. Das Proletariat wird aber getrennt, wenn es Formeln folgen soll, denen nur ein geringer Teil der Arbeiter zustimmen kann. Ganz gleich, ob diese Formeln falsch oder richtig sind.

Als das nächste Ziel, zu dessen Verwirklichung das gesamte Proletariat seine Kräfte einsetzen muß, wird die Sozialisierung des Kohlenbergbaues bezeichnet. Wir alle müssen uns bereithalten zur Durchführung dieses Kampfes. Kein Zweifel, es kommt zu einer Machtprobe mit dem Kapital, denn dieses weiß ganz genau, daß dieser Kampf nur die erste Stufe auf dem Wege der Sozialisierung sein wird.

Die kapitalistische Wirtschaft ist überreif geworden, ihr Abbau und der Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft muß endlich mit aller uns zu Gebote stehenden Energie in Angriff genommen werden. Also jeid bereit, in die Tat umzusetzen, was ihr schon so oft gefordert habt, hier heißt es handeln.

Am zweiten Kongressstage waren die Berliner Arbeitslosen vor dem Lokal erschienen. Auf Ersuchen einmündig der Kongress eine Deputation des Reichsarbeitslosenrates. Der Sprecher desselben schilderte das Elend, in dem sich tausende Arbeitslosen befinden. Er fordert vom Kongress Stellungnahme; darauf wurde beschlossen, die Arbeitslosenfrage mit in die Diskussion über die Wirtschaftslage einzubringen. Interessante Ausführungen machte der Bergmann Kiel über die Zustände im Bergbau. Die Unternehmer bringen es fertig, der Kohlenförderung alle möglichen Hindernisse zu bereiten. Die Bergleute müssen unterirdisch stundenweit gehen, ehe sie an die Arbeitstätte gelangen. Viel Zeit könnte erpart werden, würden dort Schächte geschlagen. Der Bergbau muß sozialisiert werden. Der Eisenbahner Hatje schilderte die Zustände, die bei der Eisenbahn herrschen. Die Bureaokratie verschwendet Material und Arbeitswerte in unglaublicher Weise, das obere Beamtentum belastet den Ausgabebetrag und betrügt den Staat. Viele Eisenbahner haben Doppelexistenzen, während die Arbeitslosen im Elend verkommen. Mit diesem Doppelleistungen müsse man auch in den Reihen der Angestellten und Arbeiter aufräumen. Ebenso korrupt sieht es in den Großbetrieben der Landwirtschaft aus. Auf einem Gut von 2500 Morgen wären 80 Leute nötig, es sind aber nur 25 Arbeitslose beschäftigt. Man solle dafür sorgen, daß alles Brachland unter den Pflug genommen wird, dann brauche man keine Oedländerereien urbar zu machen.

Ueber die Aufgaben der Betriebsräte referierte der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Dismann. Er betonte zunächst, daß wir nicht durch rohe Kraft zum Sozialismus gelangen, sondern nur durch sittliche und geistige Kraft. Die Bevölkerung steckt im Elend, ist durch jahrelange Leiden degeneriert und gesundheitlich geschwächt. Die Moral ist gesunken; ohne solche können wir den Sozialismus nicht verwirklichen. Ohne die Gewerkschaften würde die Lage der Arbeiter eine noch viel schlechtere sein. Bürgertum und Kapitalismus stehen geschlossen da, aber die Arbeiter schlagen sich die Köpfe ein. Dann schilderte er die Aufgaben der Betriebsräte; diese bestehen nicht darin, revolutionäre Reden zu halten, sondern sie haben im täglichen Kleinkampf mit den Unternehmern die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ausgerüstet mit Wissen und Können, mit Ernst und Entschiedenheit. Den Arbeitern muß überlassen bleiben, Wünsche und Beschwerden zu-

nächst selbst beim Unternehmer anzubringen und zu vertreten. Erst dann, wenn dies fruchtlos ist, hat sich der Betriebsrat damit zu beschäftigen. Mit Leuten, die keine Courage haben, ihre Interessen selbst zu vertreten beim Unternehmer, ist in der Tat keine soziale noch politische Revolution möglich.

Alles das sind freilich Binsenwahrheiten, die wir seit einem Menschenalter in Wort und Schrift gepredigt und propagiert haben. Und dennoch müssen sie immer wiederholt werden, denn es ist schwer, der Waffe, die sich fortgesetzt verjüngt, ergängt und verändert, diese elementaren Regeln so beizubringen, daß sie danach handelt; denn es kommt weniger darauf an, revolutionär zu tun und zu reden, sondern darauf, wirklich revolutionär zu handeln.

Die Ausführungen Dismanns werden jedenfalls als Sonderdruck herausgegeben, so daß jeder, der wirklich bemüht ist, sich über die konkreten Aufgaben der Betriebsräte zu unterrichten, Gelegenheit findet, dies zu tun. Er betonte, daß ihre Tätigkeit gerichtet sein muß auf die Umstellung der Wirtschaft; politische Arbeiterkräfte können erst in Wirksamkeit treten, wenn die politische Macht errungen ist. Laßt Euch nicht durch das Gerede irremachen, die Gewerkschaften seien gegenrevolutionär.

Die Gewerkschaften müssen erhalten bleiben, den kommunistischen Zersplitterungsversuchen muß entgegengetreten werden. Nur in gemeinsamer Kampffront erringen wir den Sieg! Die beiden Referenten Röpkel und Brodat sprachen nur kurz, in Berücksichtigung der vorgeschrittenen Zeit, im Sinne der Ausführungen Dismanns.

Eine andere Weltanschauung vertrat der Korreferent Brandler (R. P. D.). Er berief sich auf Lassalle und Marx. Zwischen kapitalistischer Gesellschaft und Proletariat muß der Kampf um die Macht ausgefochten werden; ein friedlicher Ausgleich ist unmöglich. Er forderte von den Betriebsräten, daß sie sich über das Gesetz hinwegsetzen und eine Inventuraufnahme in allen Betrieben vornehmen und die Bestände an Rohmaterialien feststellen. Die Arbeitslosen müssen in die Produktion eingegliedert werden, sonst werden sie die in der Produktion jetzt Tätigen aus ihren Arbeitsstellen vertreiben. Der Winter wird den Zusammenbruch bringen, der schon bald seinen Anfang nehmen kann. Wenn nicht bald Anhalten gemacht werden, für die Arbeitslosen zu sorgen, werden Tausende im Elend sterben und der Kapitalismus wird weiter herrschen. Da sei es gleich, wenn Tausende im offenen Kampfe fallen, wenn nur der Kapitalismus gestürzt wird.

Die Ausführungen Brandlers waren klar durchsichtig und wurden martig vorgetragen, vieles, was er gesagt hat, haben auch wir der Arbeiter seit 30 Jahren gesagt. Leider ist bis heute noch nicht erfüllt, was wir als Voraussetzung eines Kampfes, wie die Kommunisten ihn propagieren, zu verlangen haben. Und so läßt sich denn auch der schöne Plan nicht verwirklichen, den Brandler vertrat. Auf Rußland sollte man sich nicht berufen, denn in der „Freiheit“ vom 8. Oktober schreibt ein russischer Genosse in einer Kritik über das Auftreten des Genossen Losowski auf dem Betriebsrätekongress, daß er die Verhältnisse in Rußland ganz falsch dargestellt habe; er habe seinerzeit selbst folgendes darüber geschrieben:

Eine sozialistische Revolution beginnt nicht dann, wenn die Sozialisten die Macht erobern, und nicht dann, wenn zwei Klassen im Prozeß der Entwicklung der Revolution einen beständigen Kampf führen, sondern dann, wenn in nationalen und internationalen Wirtschaftsleben alle materiellen und psychologischen Vorbedingungen zu ihrer Durchführung vorhanden sind. In Rußland sind diese Bedingungen nicht vorhanden, und so oft wir auch wiederholen werden, daß die Sowjetmacht eine sozialistische sei und daß die Aufgabe des Tages in der Sozialisierung der Produktionsmittel bestehe, ändert sich der Sachverhalt nicht. Wir behaupten, daß die Sowjetmacht, unbeachtet ihrer subjektiven Wünsche, objektiv die Vernichtung der Ueberbleibsel der Leibeigenschaft vorwärt und den Weg zu einer Bauerndemokratie färbert. Die Lage der russischen Volkswirtschaft macht die Organisation der Produktion auf sozialistischer Basis unmöglich. Wollen wir deshalb nicht, angesichts dieser, wenn auch traurigen aber unumstößlichen Tatsache, äußerst schädliche und gefährliche Illusionen in uns wecken. Denn die Illusionen gehen zugrunde, die Tatsachen aber bleiben!

Daß der Kongress von Männern der praktischen Arbeit befehligt, sich nicht durch noch so unkluge Reden zu einer Politik der Romantik hinreißen läßt, ist begreiflich. Hier waren die U. S. P. D. und S. P. D.-Angehörigen völlig einer Meinung. In einer sehr großen Anzahl von Resolutionen und Anträgen wurde die Stellungnahme des Kongresses zu den verschiedenen Vorkommnissen und brennenden Fragen niedergelegt. Platzmangel gestattete uns nicht, darauf näher einzugehen. Vielleicht bietet sich noch Gelegenheit, auf Einzelfragen zurückzukommen. Die grundsätzliche Entscheidung des Kongresses bringt folgende Resolution zum Ausdruck:

„Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollsten Entwicklung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stützung auf die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser selbst.“

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder örtlich noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lahmlegen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des U. S. P. D. und der Ufa sowie der Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale scheidet der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des U. S. P. D. und der Ufa gegeben. Der vom Kongress zu wählende Beirat wird beauftragt, im Gemeinschaft mit dem Geschäftsführenden Ausschuss sofort die Vorbereitung der Wahlen zu den Bezirkswirtschaftsräten vorzubereiten, sobald deren Bezirke feststehen.“

Es darf wohl nun erwartet werden, daß diese Beschlüsse des ersten Betriebsrätekongresses den gemeinsamen Kampfsweg für die deutsche Arbeiterschaft geschaffen haben. Soffen wir, daß damit auch zugleich die Wiedervereinigung der beiden politischen Arbeiterparteien, der U. S. P. D. und S. P. D. die Wege gebahnt werden.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Wievielmehr muß dieser Spruch verwirklicht werden für die einzelnen Länder.

Die Gewerkschaftsinternationale.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam gibt eine neue Uebersicht heraus über die Mitgliederzahl der angeschlossenen Länder, der wir folgendes entnehmen: Nach der neuesten Feststellung umfaßt das Internationale Gewerkschaftsbureau zurzeit rund 26 Millionen Arbeiter. Diese 26 Millionen Gewerkschaftsmitglieder verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt: Deutschland steht mit seinen 8,2 Millionen an der Spitze; ihm folgt England mit 6 Millionen Mitgliedern. Amerika kann nur mit 4 Millionen Mitgliedern aufwarten. Dabei ist die Zahl der Einwohner in Amerika am höchsten (90 Millionen). An zweiter Stelle steht Deutschland mit 60 Millionen und dann England mit 40 Millionen. Frankreich und Italien, an Einwohnerzahl etwa gleich groß wie England, haben aber eine bedeutend schwächer entwickelte Industrie als dieses Land. Das erklärt, warum die Gewerkschaften in Italien nur 220 000 und in Frankreich nur 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen. Deutschland zählt bei 6 1/2 Millionen Einwohnern 772 146 organisierte Gewerkschaftsmitglieder. Das industriearme Land ist also gewerkschaftlich gut entwickelt. Dasselbe gilt auch von der Tschechoslowakei, die 657 203 Gewerkschaftsmitglieder zählt. Das industrielle, etwa 7 Millionen Einwohner zählende Belgien hat 629 786 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Holland, mehr Agrar- und Handelsstaat, hat bei 5 1/2 Millionen Einwohnern 246 000 Gewerkschaftsmitglieder. Schweden, etwa gleich groß wie Holland, 268 832. Die Gewerkschaften (straffe Zentralverbände) in Dänemark zählen bei 2 1/2 Millionen Einwohnern 255 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Norwegen mit 2 1/2 Millionen Einwohnern zählt 150 000 Gewerkschaftler. Spanien mit seinen 18 Millionen Einwohnern hat nur 211 342 Gewerkschaftsmitglieder. Das ungeheuer ausgebeulte Kanada hat bei 7 Millionen Einwohnern 200 000 organisierte Arbeiter. Ungarn zählte am 1. Januar 1920 200 000 Gewerkschaftsmitglieder. Die Schweiz mit 3 1/2 Millionen Einwohnern zählt 170 000 Gewerkschaftler. Die Gewerkschaften Griechenlands zählen 170 000, Argentinien 70 000, Südafrika 40 000, Peru 25 000, Jugoslawien 20 000 Mitglieder. Stark ist auch die Gewerkschaftsbewegung in dem kleinen Luxemburg. Bei 250 000 Einwohnern zählt es 26 780 Gewerkschaftler.

In Rußland, wo eine Gewerkschaftsbewegung unter dem Zarismus fast unmöglich war, haben die Gewerkschaften seit der russischen Revolution 1917 einen ungeahnten Aufschwung genommen. Sie haben es in der kurzen Zeit auf eine Mitgliederzahl von über 5 1/2 Millionen gebracht.

Der Kampf im Berliner Zeitungs-gewerbe.

Der Kampf der Angestellten im Berliner Zeitungs-gewerbe gegen das Zeitungskapital spitzt sich zu einer Machtprobe. Die Lage dieser Angestellten muß als eine elende bezeichnet werden, denn mit 6-700 Mark Monatslohn kann heute niemand bestehen. Das Unternehmertum versucht nun, eine Lohnaufbesserung mit aller zu Gebote stehenden Macht abzuwehren, was gleichbedeutend wäre, falls es gelingt, mit einem gelungenen Lohnabbau. Zweifellos steht das gesamte organisierte Kapital hinter dieser Abwehrbewegung des Zeitungs-gewerbes. Der Betriebsrätekongreß hat den Aussperrten durch folgenden Beschluß seine Sympathie ausgedrückt.

„Am Mittwochabend (6. Oktober) haben die Unternehmer den Buchdruckern das Anfinnen gestellt, ihre Solidaritätserklärung für die streikenden Angestellten zurückzunehmen. Dieses Anfinnen ist rundweg abgelehnt worden. Daraufhin sind die Beschlüsse entlassen worden und damit ist ein Kampf entbrannt, der große wirtschaftliche und politische Folgen haben kann. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß den Arbeitern der Zeitungs-betriebe ihre Solidarität beweisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft darf nicht weiter herabgedrückt werden. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Sache im Zeitungs-gewerbe die Sache der Arbeiterschaft ganz Deutschlands ist.“

Der Betriebsrätekongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der freien Gewerkschaften und der Angestellten in ganz Deutschland, hinter denen ihre Mandatgeber stehen. Das Reichsarbeitsministerium hat zwar Verhandlungen der Parteien eingeleitet, ob dieselben indes zur Verständigung führen, ist recht fraglich. Kommt es nicht zur Verständigung, dann ist mit der Stilllegung aller Zeitungsdruckereien, vielleicht mit der Ausdehnung der Bewegung auf das gesamte Buchdruckergewerbe zu rechnen.

Zu den zentralen Verhandlungen über die Löhne in der Lederwarenindustrie.

Die bei den zentralen Verhandlungen in Eisenach vereinbarten Zulagen erstrecken sich auf alle Betriebe der Lederwarenindustrie, die dem grünen Tarif unterstehen, und zwar ist die Zulage einheitlich für alle Ortsklassen.

a) Sondersteuerungszulage. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die einen eigenen Haushalt oder allein für einen solchen zu sorgen haben, einzelnd oder sie voll oder verkürzt arbeiten, erhalten pro Woche 10 Mk. und für jedes zu versorgende Kind unter 14 Jahren 5 Mk. Diese Sonderzulage ist auf 3 Monate (1. Oktober bis 31. Dezember) befristet. Die Auszahlung soll in voller Höhe monatlich erfolgen, Oktober und November je 4 Wochen, Dezember 5 Wochen. Es soll den Arbeitgebern freistehen, diese Sonderzulage für einen oder auch für alle 3 Monate im voraus zu zahlen.

Diese Sonderzulage haben also alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die einem eigenen Haushalt vorstehen oder allein für Eltern oder Geschwister sorgen, zu erhalten. Kurzarbeiter müssen diese Sonderzulage in voller Höhe erhalten.

b) Erhöhung der Löhne für die weiblichen Arbeiter. Unabhängig von der Sonderzulage erfolgt für alle Betriebe und alle Arbeiterinnen eine Erhöhung der tarifmäßigen Endlöhne (siehe Nachtrag II) in folgender Weise:

Die Endlöhne für die Altersstufen von 14 bis 15 Jahre und 15-16 Jahre steigen ab 1. Oktober um 15 Proz., alle übrigen Altersstufen und Gruppen der Arbeiterinnen steigen um 10 Proz. Wo zurzeit bereits mehr als die tarifmäßigen Endlöhne gezahlt werden, ist dieses mit einzurechnen.

Die Mindeststundenlöhne betragen mithin ab 1. Oktober 1920 für Arbeiterinnen:

	Sonder-löhne		Ortsklassen			
	I	II	III	IV	V	
14-15 Jahre	0,78	0,70	0,85	0,58	0,52	
15-16	1,07	0,99	0,91	0,83	0,72	
16-18	1,70	1,56	1,44	1,31	1,14	
18-20	1,97	1,82	1,67	1,52	1,34	
über 20	2,28	2,09	1,91	1,75	1,54	

	Sonder-löhne		Ortsklassen			
	I	II	III	IV	V	
Stepperrinnen, Zuschnneiderinnen, Köbnerinnen und Schärferinnen über 18 Jahre	2,54	2,34	2,16	1,96	1,73	
Stepperrinnen und Zuschnneiderinnen über 20 Jahre	2,82	2,60	2,39	2,18	1,91	
Köbnerinnen u. Schärferinnen über 20 Jahre	3,06	2,83	2,60	2,37	2,08	

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, Sorge zu tragen, daß diese Vereinbarungen überall durchgeführt und Verstöße dagegen sofort gemeldet werden.

Besprechung beim Reichspräsidenten über die Notlage der Arbeiterschaft.

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands sind bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Beschwerden und Anträge eingelaufen, welche eine unbegründete Stilllegung von Betrieben, die Fürsorge für die Arbeitslosen, die Frage des Preisabbaus und die Lebensmittellieferung, besonders die Versorgung mit Kartoffeln sowie die Frage der Steuerabzüge zum Gegenstand hatten. Am Samstag, dem 2. Oktober, wurden in einer Sitzung beim Herrn Reichspräsidenten, bei der das Reichsernährungsministerium und das Reichsarbeitsministerium vertreten waren, diese Fragen eingehend vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargelegt. Eine ausgiebige Besprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

1. Eine Verordnung, betreffend Abbau und Stilllegung von Betrieben geht in den allernächsten Tagen vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium dem Reichstag zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterschaft im wesentlichen gerecht werden.

2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgesehene Maß hinaus zur möglichsten Beilegung der Arbeitslosigkeit verwandt werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträge im einzelnen obliegt, wird sein möglichstes tun zur schnellsten Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig brennendsten Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbeschluß sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Bestellungen jetzt herauszugeben.

3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten besonderen Beihilfen für langfristige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 5. Ausschuß des Reichstags eingesezte Unterkommission hat mit dem Arbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse des Winters am 1. Oktober beraten. Das Ergebnis dieser Beratung, das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Abnehmerorganisationen auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände zu verbilligen. Bei den Eisenbahnern ist diese Aktion schon in Wirksamkeit getreten. Sie wird in allernächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft eine Vereinbarung zustande, wonach ein Preis von 25 Mk. je Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in keinem Falle überschritten und dort, wo es die örtlichen Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gesenkt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichsernährungsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungskonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken. Dabei soll insbesondere angefordert werden, daß nach Vorgängen in einzelnen Teilen des Reichs durch diese Vereinbarungen eine vorzugsweise billigere Belieferung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt wird. Diese Bestrebungen sollen nach Möglichkeit weiter gefördert und ausgebaut werden. Einem wucherischen Anstieg von Kartoffeln wird vom Reichsernährungsministerium mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Einschlägige Fälle sollten sofort zur Anzeige gebracht werden.

Korrespondenzen.

Berlin. Außerordentliche Versammlung. Der Vorsitzende Gerhardt berichtete zunächst, daß die Kollegen Gwert und Leischnor der Ortsverwaltung einen Antrag unterbreitet haben, daß einer von der russischen Delegation, die zurzeit in Berlin weilt, in einer Versammlung über russische Verhältnisse referieren möge. Gerhardt erklärte, die Ortsverwaltung habe sich bereits mit dem Gewerkschaftsausschuß diesbezüglich in Verbindung gesetzt. Dann richtete Blume an die Vertauensleute die erste Mahnung, ihm in seinen Bemühungen in der

Behilfsabteilung besser als es bisher geschehen ist, zu unterstützen, wenn es vorwärts gehen soll. Dann kam die Regelung der Hilfsarbeiterfrage zur Sprache. Gerhardt berichtete, daß gemäß den Beschlüssen der Versammlung vom 27. September die beiden Kollegen Löde und Muselmann ausgeschieden und dafür die Kollegen Blume und Klose in die Ortsverwaltung als Hilfsarbeiter eingetreten sind.

In Zukunft sollen alle viertel Jahre andere Kollegen als Hilfsarbeiter eintreten, damit möglichst viele mit diesen Bureauarbeiten vertraut werden. Es folgte die Fortsetzung der Aussprache über Arbeitsgemeinschaften. Kollege Lattenstein ist für Ablehnung der Resolution. Auch er ist mit der Arbeitsgemeinschaft nicht zufrieden, aber man müsse den Unternehmern Vorteile abzurufen suchen, wo sich hierzu Gelegenheit bietet. Die Arbeitsgemeinschaften sind in einer sozialen Wirtschaft notwendig, zurzeit besitzen sie aber nicht genügende Rechte. Blume: Die Unternehmer erkennen wohl die Arbeiter in politischen Fragen als gleichberechtigt an, aber nicht in wirtschaftlichen Fragen. Ein Wiederaufbau der Wirtschaft durch die Arbeitsgemeinschaft ist unmöglich. Die Unternehmer füllen sich die Sädel, die Arbeiter aber sind ärmer denn je zuvor. Wenn es um den Profit oder die Macht der Unternehmer gehe, kümmern sie sich nicht um die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft. Das Betriebsrätegesetz sei auch ohne die Arbeitsgemeinschaft gemacht. Viele S.-B.-Arbeiter haben schon eingesehen, daß dieses Gesetz wenig Wert für die Arbeiter hat. Der Schuhmacherverband und auch die Lederarbeiter lehnen die Arbeitsgemeinschaften ab. Ein rechtssozialistisches Organ, „Der Zimmerer“ jagte von der Arbeitsgemeinschaft, sie bringe nur Verwirrung unter die Arbeiterschaft. Es sei Zeit, gemeinsam mit den Schuhmacher- und Lederarbeitern aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten. Redner empfiehlt die von Gottschalk vorge-schlagene Resolution.

Zwei weitere Resolutionen sind eingegangen; eine von der Fraktion der S. B. D. lautet:

„Die am 30. September 1920 im „Deutschen Hof“ tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin erklärt: Die deutsche Wirtschaft bricht zusammen. Der Kapitalismus hat sich unfähig erwiesen, auch nur eine seiner tausend Verpflichtungen zu erfüllen. Die Fabrikten stehen still. Hunderttausende von Arbeitslosen verkommen im Elend, täglich werden neue Tausende auf die Straße geschleudert. Nur die kraftvolle Aktion der Arbeiter selbst kann das Wirtschaftsleben vom Untergang retten. Es ist Aufgabe der Betriebsräte, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft, gegen das Unternehmertum zu organisieren und die Kontrolle der Produktion zu ergreifen. Die Betriebsräte müssen überall zusammengefaßt werden und in enger Verbindung mit den Gewerkschaften diesen Kampf organisieren. In jedem Betrieb sind die Arbeiter um diese Parolen zu sammeln. Die Versammlung fordert:

„1. Die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und die aus den Betriebsrätezentralen hervorgehenden Organe (örtliche Betriebsrätezentralen und Vollzugsausschuß des Reichsbetriebsrätekongresses).

2. Enge Verbindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften und Unterstellung der Gewerkschaftsbureauratie unter den Willen der Betriebsräte und der von ihnen vertretenen Massen.

3. Aufgabe jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und rücksichtsloser Kampf gegen alle Widerstände des Unternehmertums und der Regierung.“

Die zweite Resolution lautet:

„Die am heutigen Tage im „Deutschen Hof“ tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes ist sich bewußt, daß die Arbeitsgemeinschaften den natürlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht überbrücken können.

Sie sieht in der Arbeitsgemeinschaft lediglich eine Fortführung der bisherigen Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften und die endgültige Anerkennung des Rechtes bei der Regelung von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen als gleichberechtigter Faktor neben den Unternehmern mitzuwirken. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Interessen der Arbeiterschaft auf Gebieten zu vertreten, von denen sie bislang vollständig ausgeschlossen war.

Da im Kampf um die Besserung des Loses der Arbeiterschaft jedes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes Anwendung finden muß, halten die Versammelten die Beteiligten an der Arbeitsgemeinschaft für geboten.

Gottschalk.

Kollege Schulte erinnerte daran, daß die Tarifverträge die Gewerkschafter großemacht haben. In erster Linie sei bei Gründung der Arbeitsgemeinschaften daran gedacht worden, den Unternehmern

die Handelspolitik nicht allein zu überlassen. Man müsse sich aber auch die Frage vorlegen, was man denn an Stelle der Arbeitsgemeinschaften setzen wolle? Zurzeit sind die Arbeiter nicht in der Lage, auch wenn sie die Macht hätten, die Produktion zu übernehmen.

Der Vorsitzende brachte ein Schreiben des Kollegen W. Otto zur Kenntnis.

Die gutbesuchte Versammlung wurde um 11 Uhr vertagt. Johann Hoffmann.

Berlin. Die im August d. J. ins Leben gerufene Taubstummenfektion der Filiale Berlin hielt am 21. September ihre erste Versammlung ab. Kollege Appel schilderte den taubstummen Kollegen die Notwendigkeit einer eigenen Sektion im Verband; denn die Zahl der in Berlin lebenden taubstummen Kollegen sei auf etwa 40-45 gestiegen, manche keine Ortsverwaltung hat nicht soviel Mitglieder. Es sei notwendig, aus unserer bisherigen Isolation herauszutreten und Anteil am Verband zu nehmen. Gerade wir haben alle Ursache, uns fest an den Verband anzuschließen. Bisher waren wir infolge unseres Gebrechens gezwungen, abseits zu stehen, wir konnten keinen Anteil am Verband leben nehmen. Jetzt muß Abhilfe geschaffen werden. Das erreichen wir, wenn wir uns zu einer Sektion zusammenschließen, welche mit der Ortsverwaltung in Fühlung steht. Durch regelmäßige Versammlungen soll das Interesse der taubstummen Kollegen am Verband wachgehalten werden. Die Ortsverwaltung hat uns versprochen, unsere Bestrebungen in jeder Weise zu unterstützen. Pflicht jedes taubstummen Kollegen ist es nun, unsere Versammlungen, welche im Verbandsorgan bekanntgemacht werden, zu besuchen. Die Vertrauensmänner der Werkstätten möchten wir besonders bitten, überall dort, wo taubstumme Kollegen arbeiten, diese zum Besuch unserer Versammlungen anzubahnen. Dann gab der Obmann einen kurzen Bericht über die stattgefundene Generalversammlung. In der Diskussion befaßten sich einige arbeitslose Kollegen über die ständige Benachteiligung bei der Ausübung der Stellen auf den Arbeitsnachweis und verlangten Abhilfe. - Nächste Versammlung; Dienstag, den 26. Oktober, bei Schwinge, Alexandrinenstraße 58.

Richard Siebke, Schriftf. d. Sektion.

Baun. (11. 10.) Versammlung vom 30. September. Die Mitgliederversammlung war sehr zahlreich besucht. Bericht wurde, daß die Innung zur Arbeitsgemeinschaft bekannt hat. Einem Antrag über Ausschluß eines Kollegen wurde mit Stimmmehrheit zugestimmt. Ueber die Entlassung eines verarbeiteten Kollegen aus einem Großbetrieb, während ledig weiterbeschäftigt werden, fand eine lebhaft ausgeführte Aussprache statt.

Otto Hodel.

Bremen. Versammlung vom 23. September. Gauleiter Dregelius schilderte die Verhandlungen in der Treibriemenbranche. Die Arbeitgeber hätten sich wie immer sehr gestraubt, aber es sei doch gelungen, für die Treibriemensattler etwas herauszuholen. Dregelius sprach dann über Wirtschaftsfragen und Arbeitsgemeinschaft. Durch den Krieg sind große Schäden entstanden. Wenn auch in Deutschland nicht so hohe materielle Werte vernichtet seien wie in Frankreich, so wurden doch viele Menschen und geistige Kräfte vernichtet. Unheilbare Zustände sind durch das Schiebertum geschaffen. Die Frage, wie kommen wir aus dieser Krise heraus, beantwortet er: Nur durch den Sozialismus. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, tatkräftig mitzuarbeiten. Es muß produktive Arbeit geleistet werden. Die Sozialisierung, sagte Redner, gehe nicht so schnell vonstatten, es fehle an geistiger Reife der Arbeitskräfte. Vom Betriebsrätegesetz sprach Redner, es sei noch nicht möglich, die Rechte auszunutzen, die uns gesetzlich zustehen. Zur Arbeitsgemeinschaft führte er aus: Deutschland sei gezwungen, Fertigfabrikate auszuführen. Es mache sich jetzt wieder die Schmuckkonfurrenz bemerkbar. Die Arbeitsgemeinschaften müßten dafür sorgen, daß dem entgegengetreten würde. In der Schweiz seien Bedermöbel auseinandergetrennt und ausgestellt worden mit der Ueberschrift: das ist deutsche Arbeit! Die Arbeiter müßten dafür sorgen, daß solche Arbeit nicht gemacht wird, das ist nur zum Schaden, durch solche Arbeit kann Deutschland nicht wieder auf die

Höhe kommen. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die Kollegen Strobel, Seiler, Hornmann und Grünwald kritisierten in einigen Punkten die Ausführungen des Redners. Kollege Strobel kritisierte auch unser Verbandsorgan, in das Artikel aufgenommen wurden, die nicht hineingehörten. Hornmann betonte, die Schuld, daß die Revolution nicht durchgedrungen sei, träge die Führer. Im Schlußwort widerlegte Dregelius die gemachten Vorwürfe. Kollege Haupt erbat den Bericht von der Lohnbewegung. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, eine Teuerungszulage von einer Mark pro Stunde zu fordern. Die Innung hat noch keine Antwort gegeben. Diese erhielten wir erst Sonnabend, den 25. September. Sie gesteht 25 Pf. pro Stunde zu. Der Vorschlag wird angenommen. In dieser schlechten Wirtschaftslage ist es immerhin ein Fortschritt. Der Stundenlohn beträgt nunmehr 5 Mk. für die höchste Klasse. Den Zuschlag von 25 Pf. sollen nur Verarbeitete erhalten. In den Werkstätten muß aber versucht werden, auch für die ledigen Kollegen den Zuschlag zu erlangen. Der Tarif soll zum 1. Oktober gekündigt werden. Der im April 1915 ausgeschlossene Kollege Häuler wird wieder aufgenommen, nachdem darüber vorher erst lebhaft debattiert worden war. Die Wiederaufnahme erfolgt mit 45 gegen 16 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen. Leider läßt der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig, die Kollegen sollten mehr Interesse an der Sache bekunden. Von zirka 270 Mitgliedern waren nur 66 erschienen. Kollegen, der Versammlungsbesuch muß besser werden!

Franz Osterburg.

Düsseldorf. (11. 10.) Versammlung vom 6. Oktober. Dr. Kramer sprach über Gehirn und Nerven. Es waren sehr lehrreiche Ausführungen, der Vortrag fand allgemeine Anerkennung. Es wurde beschlossen, ähnliche Vorträge öfter halten zu lassen. Ein Schreiben des Hauptvorstandes besagt, daß unser Antrag, den Gauleiter Klein in Düsseldorf zu belassen, abgelehnt ist. Es wurde bemängelt, daß dadurch, daß der Gauleit nach Elberfeld verlegt wird, nicht billiger gearbeitet wird, schon der Umzug verschlingt unnötig Gelder. Richtiger wäre es gewesen, wenn Schneider nach Düsseldorf gekommen wäre. Das Kartell richtet an uns die dringende Mahnung, am 17. Oktober geschlossen an den Gewerbegerichtswahlen teilzunehmen. Fräulein Lenz stellte den Antrag, ein Verschmelzungsfest zu veranstalten, derselbe fand allgemeinen Beifall. Ins Festkomitee wurden folgende Mitglieder gewählt: Fr. Lenz, Kollegen Ott, Hermininghaus, F. Weigel, Stodt, Holzappel und Walter. Dann wurde nochmals auf die am 19. d. M. stattfindende Branchenversammlung der Tapezierer hingewiesen, wo ein neuer Branchenleiter gewählt, und das Resultat der Werkstatthaltungen bekanntgegeben wird. Anwesend über hundert Mitglieder.

Fritz Vogt.

Riesch. (10./10.) Am 14. September fand für die am Ort beschäftigten Sattler- und Tapezierer-gehilfen bei Anwesenheit des Kollegen Walter (Görlich) eine Zusammenkunft statt, um über Gründung einer Verwaltungsstelle zu beraten. Alle Kollegen stimmten dafür. Am 5. Oktober wurde die Verwaltungsstelle mit einer Mitgliederzahl von 16 Kollegen gegründet. Erster Vorsitzender wurde Kollege Gehler, Kassierer Graf, Schriftführer Hoppe, Revisoren Günther und Kreher. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, treu zum Verbands zu halten, sowie noch fernstehende Kollegen unseren Reihen zuzuführen.

Hoppe.

Stolz. (10./10.) Versammlung vom 4. Oktober. Kollege Tempelmann gab den Kasienbericht. Ihm wurde Entlastung. Ein Antrag der Tapezierer wegen Trennung der Lokalkasse und zwecks Abhaltung getrennter Branchenversammlungen führte zu lebhafter Aussprache. Es wurde beschlossen, getrennte Branchenversammlungen abzuhalten, die Lokalkasse aber vorläufig in einer Hand zu belassen. Darauf legte der Kassierer Tempelmann sein Amt nieder; auf Veranlassung des Vorsitzenden führt er die Geschäfte bis zur Neuwahl weiter. Beschlossen wurde, gemeinsame Versammlungen nach Bedarf abzuhalten. Für arbeitslose Kollegen wurde beschlossen, volle Wochenmarken zu geben. Kollege Fabricius refe-

rierte über Gruppenbetriebsräte. Zu beklagen ist der Rückgang der Mitgliederzahl von 60 auf 56. Im eigenen Interesse sollte jeder Kollege die Versammlungen pünktlicher besuchen. E. Strelow.

Streiks und Lohnbewegungen.

Osnabrück u. d. S. Mit der freien Vereinigung der Tapezierer- und Sattlermeister wurde eine Teuerungszulage von 50 Pf. für Gehilfen und 30 Pf. für die Näherinnen vereinbart. Der Mindestlohn für die Gehilfen über 24 Jahre steigt auf 4,60 Mk., für Näherinnen auf 2,70 Mk. pro Stunde.

München. In München ist die Forderung auf eine Zulage gestellt. Zurzeit schweben Verhandlungen mit den einzelnen Firmen. Der größte Betrieb will neben einer 10prozentigen Zulage noch eine Beschaffungszulage gewähren.

Frankfurt a. M. Die Verhandlungen mit der Zwangsinnung sind eingeleitet. Zu den ersten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erschienen die Vertreter der Innung nicht, da nach ihrer Ansicht Differenzen mit der Gehilfenschaft nicht bestehen. Ein Arbeitgebervertreter des Schlichtungsausschusses plauderte bei den Verhandlungen aus, daß die Tapeziererzwangsinnung am liebsten überhaupt jeden Tarif ablehne. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses verpflichtet die Parteien, in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifes einzutreten und diese so zu fördern, daß sie bis spätestens 12. Oktober zum Abschluß kommen. Für den Fall, daß bis zu diesem Termin eine Einigung nicht erzielt wird, ist für den 15. Oktober erneut Termin vor dem Schlichtungsausschuß angesetzt.

Stapelbetriebe. Mit den Stapelfabrikanten schweben Verhandlungen über die Neuregelung der Akkordlöhne.

Autosattler. Von den Metallindustriellen ist das Kollektivabkommen, soweit es eine vor einigen Wochen eingetretene Lohnerhöhung von 10 Proz. betrifft, gekündigt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu Differenzen kommt. Von uns kommen etwa 150 Autosattler in Frage, die unter dem Kollektivabkommen arbeiten.

Bücherschau.

Im Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, Berlin-Fichtenau, erschien: Lenins 21 Punkte, der zweite Kongreß der Dritten Internationale, Beschlüsse und Neben. Preis 2,50 Mk.

Das Buch enthält eine rein referierende Darstellung der Probleme, die in Moskau erörtert wurden, und enthält sich jeder Beeinflussung des Lesers, ob der Anschluß zu empfehlen oder zu verwerfen ist.

Adressenänderungen.

Riesch. Vorsitzender: Gehler, Neufährchen 77. Kassierer: Graf, Neudörnitz, Unnastr. 16. Chemnitz. Sendungen an die Ortsverwaltung und Bezirksleitung sind zu adressieren nach Zwickauer Str. 152, II, Zimmer 2.

Versammlungskalender.

Berlin. Am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, abends 7 Uhr, Versammlung in Böders Festhale, Weberstr. 17. Fortsetzung der Aussprache über Arbeitsgemeinschaften. Dienstag, den 19. Oktober, abends 5 Uhr, Vertrauensmännerversammlung der Reiseartikelbranche im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Stuttgart. Branchenversammlung der Tapezierer am 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Mühlhausen i. Th. Freitag, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Generalversammlung, Wobachstr. Ecke.

Sterbetafel.

Dresden. Am 7. September 1920 starb unser Kollege Hermann Schiller. Gießen. Am 21. September 1920 starb unser treues Verbandsmitglied Adolf Dörner im Alter von 88 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Sportattler
die auf Fußball eingearbeitet sind, für Dauerstellung gesucht.
A. Hasencier & Co., Grefeld, Herbinger Straße 104.

Ledertreibriemenfabrik
Süd-Rheinland, sucht einen tücht. u. energ. **Meister**
Verlangt wird volle Befähigung, einen mittleren Betrieb selbständig zu leiten und Gewandtheit im Umgang mit den Arbeitern und der Kundschaft. Ausführliche Angebote mit lückenloser Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehalt, welches zurückgehandelt wird, an die Geschäftsstelle d. Blattes u. Nr. 888 erb.

5000 Stück Klopfpeitschenstiele
aus gutem Hartholz billig abzugeben.
Scheibe & Co., Gera-Neuh.
Vertriebsstelle
Portemonnaie-Schreiber
mit Unterleasfellen liefert preiswert
F. H. Schmidt, Torgau.

Für meine Lederwaren- und Kofferfabrik suche tüchtigen **Portefeuller**, der firm und selbständig in der Neuankfertigung von Einrichtungsstücken, Mantelbögen und Kleinfachen, sowie allen vorkommenden Reparaturen ist. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften u. Angabe des Alters erbittet Koffer- und Lederwarenfabrik Carl Becker, Werra, Vornheimersrif. 62/98.